

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

21. Jahrgang Nr. 11/2013

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



© Bild: die-linke.de

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

ein Beitrag zur Wahlanalyse

Es ist Freitag Nachmittag vor der Bundestagswahl, es regnet in Strömen. Janina und ihre Helfer aus der Jugendgruppe kommen durchnässt mit ihrem Infostand zurück in die Geschäftsstelle, sammeln nach einer Verschnaufpause die restlichen Wahlzeitungen von den Tischen in ihre Umhängetaschen und gehen "Briefkästen stecken". Am Sonnabend verteilt die Jugendgruppe Äpfel mit den Steckern "Die LINKE - 100% sozial".

Das ist nur eine Szene aus dem Wahlkampf im Vogtlandkreis. Hochachtung für alle, die Plakate hängten und kontrollierten, an Ständen mit Bürgern diskutierten und Material verteilten. Janina allein hat 42 Infostände geleitet! Viele Briefkastentouren liefen. Dank auch an all jene, die Geld für den Wahlkampf spendeten! Ohne unsere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hätte es kein so respektables Wahlergebnis für die LINKE gegeben: 20 % in Sachsen statt der vorausgesagten 13 %, darauf können alle Beteiligten schon stolz sein.

Übermut dagegen verbietet sich: Deutschlandweit haben wir 1,4 Millionen Wählerstimmen verloren, und das, obwohl die Presse uns vor der Wahl

moderat behandelt hat. Sicher spielte da ein Zufall mit: Hätten die Grünen nicht durch Steilvorlagen - vor allem Veggieday und Pädophiliedebatte - der Presse Anlass gegeben, sich auf ihre Partei einzuschließen, wären wir ja vielleicht in ihr Kreuzfeuer gelangt - sicher mit Auswirkungen auf unser Wahlergebnis.

Unsere erfreulichen 8.6 % bundesweit sind aber sicher vor allem dem Umstand zuzuschreiben, dass unsere Parteimitglieder alten Strömungsstreit und Grabenkämpfe aussetzten, auch dank der klugen Führung unserer beiden Parteivorsitzenden. Bloß: wie lange hält diese Selbstdisziplinierung? Kaum waren die Wahlstimmen ausgezählt, brachen alte Grabenkämpfe wieder auf: Personaldebatten für den Bundestagsfraktionsvorsitz, kommuniziert über die bürgerliche Presse! Bundesvorstandsmitglied Dominic Heilig schrieb in der Wahlauswertung, dass es zwar vernünftig gewesen sei, Differenzen hinter das Einende zurückzustellen, diese Strategie könne aber nicht in die Unendlichkeit ausgedehnt werden. Die aktuell aufkommenden Personaldebatten würden einmal mehr verdeutlichen, dass sich die Selbstdisziplin als Deckel über den Konflikten

innerhalb der Partei als dünn erweise. Das mache Debatte und Klärung inhaltlicher und strategischer Fragen in der Partei dringend erforderlich.

In allen Parteien Deutschlands wird auch öffentlich mit großer Selbstverständlichkeit von rechten und linken Flügeln gesprochen, ohne dass der Eindruck erweckt wird, dass Streitereien die Partei zerreißen und die eigentliche Parteiarbeit lahmlegen. DIE LINKE ist aber bereits kurz nach der Bundestagswahl für die Presse wieder "eine zerstrittene Partei".

Wichtige Voraussetzung für eine positive Entwicklung unserer Partei und gute künftige Wahlergebnisse ist die Förderung einer vernünftigen Debatte, geprägt von Offenheit und Vertrauen, Respekt und Achtung vor der Meinung des Diskussionspartners, getragen von Sachlichkeit und Sachkenntnis. Und Personaldebatten sind nicht im Kölner Stadtanzeiger oder anderen bürgerlichen Medien auszutragen!

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

aus dem Inhalt:

Go Left! - Linksjugend im Wahlkampf.....	Seite 2
Sommer, Sonne, Sommerfeste.....	Seite 3
Erhalten Jobcenterchefs Prämien.....	Seite 4
Modern aber Arm	Seite 5

DIE LINKE.

POGROME VERHINDERN BEVOR SIE ENTSTEHEN!

Antirassistische Demonstration am 9.11.2013 in Greiz-Pohlitz.

Die Ruhe in Greiz ist seit einigen Wochen getrübt. Seit Anfang September demonstriert jeden Freitag eine sogenannte „Bürgerinitiative“ gegen ein neu eröffnetes Wohnheim für Flüchtlinge. Ein Blick auf die Agenda der Bürgerinitiative zeigt schnell: Es handelt sich um rassistische Klischees, die bestehende Ängste und Vorurteile der Bevölkerung aufgreift und gezielt verstärken sollen. Hinter der Initiative stehen organisierte Nazis aus Greiz und dem Vogtlandkreis, allen voran Führungskräfte aus dem Umfeld der Kameradschaften „Braune Teufel Vogtland“, „Rechte Aktionsfront“ (RAF) sowie der „RNJ Vogtland“.

Greiz 1991 – Greiz 2003 – Greiz 2013

Bereits im Oktober 1991 gab es einen organisierten Überfall auf eine Flüchtlingsunterkunft in Greiz-Irchwitz. Ende Januar 2003 versuchten Greizer Nazis, die Unterkunft in Irchwitz in Brand zu stecken. Und im Jahr 2013

beschwören organisierte Rassisten seit Wochen mit Fackelmärschen die „Volksgemeinschaft“. Auch wenn die Absicht der Nazis und ihrer „Bürgerinitiative“ nicht aufging, die Bürger mehrheitlich gegen Migranten zu mobilisieren, so ist trotzdem ein gefährliches Eskalationspotential vorhanden. Berlin-Hellersdorf und Rostock-Lichtenhagen sind nur Beispiele dafür.

Der 9. November ist auch Gedenktag an die Pogromnacht, die sich mittlerweile zum 75. Mal jährt. Die zahllosen Ermordeten, Misshandelten und anschließend Deportierten mahnen uns, die Folgen von Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus niemals zu vergessen!

Wir wenden uns am 9. November 2013 nicht allein gegen den rechten Mob, der sich auf den Straßen versammelt. Rassistische Diskriminierung hat viele Gesichter. Die „Festung Europa“ rüstet auf, ertränkt Flüchtlinge im

Mittelmeer oder interniert sie in Lagern. Auch im Landkreis Greiz sind Geflüchtete unter entwürdigenden Bedingungen in „Gemeinschaftsunterkünften“ untergebracht, die doch nichts anderes als Lager sind. Zudem gilt im Landkreis Greiz das „Gutscheinsystem“. Flüchtlinge bekommen kein Geld ausgezahlt, sondern müssen zu überhöhten Preisen in ausgewählten Geschäften mit Gutscheinen bezahlen.

Wir rufen alle Antifaschisten und Antirassisten dazu auf, sich an der Demo am 9.11.2013 um 12.00 Uhr in Greiz zu beteiligen. Lasst uns Pogrome verhindern, bevor sie entstehen!

Wir solidarisieren uns mit allen Flüchtlingen in Greiz und anderswo. Für eine solidarische Gesellschaft jenseits von Diskriminierung und Volksgemeinschaft. Bleiberecht für alle!

Die Antifaschistischen Gruppen des Vogtlands

PARTEISPENDEN FÜR ANGELA MERKEL

Lässt sich CDU etwa kaufen?

Dies wird gerade debattiert, denn Familie Quandt, denen fast die Hälfte von BMW gehört, hat der CDU 690.000 € gespendet. Kurz zuvor wurden noch scharfe CO2 Grenzwerte bei Neuwagen festgelegt.

Der Klimaschutz Wert wäre für die Luxuskarossen- Hersteller nachteilig gewesen. Im Gegensatz zu anderen Europäischen Ländern. Alles nur Zufall?

Ich denke wohl kaum. Jetzt versucht Campact Unterschriften zu sammeln um den Politikern Druck zu machen. Auch wird eine Aktion von Campact veranstaltet in der Angela Merkel im Einkaufswagen sitzt und zum Verkauf angeboten wird. Die SPD will Großspenden auf 100.000 € im Jahr begrenzen.

Campact fordert Großspenden auf 50.000 € im Jahr zu begrenzen und

deren Offenlegungen ab 10.000 €.

Dies finde ich genauso erforderlich, da die Politik die Wirtschaft regieren soll und nicht die Wirtschaft die Politik. Wir sind das Volk und 99% und nicht wie die Unternehmer 1%, deren Forderungen durch Geld umgesetzt werden. Nur die LINKE ist nicht käuflich, dies müssen wir der Bevölkerung ein für allemal klarmachen.

Sissy Englert – Plauen

AUS DEM KREISVORSTAND

Der Kreisvorstand beschäftigte sich in seiner Sitzung im Oktober mit der Wahlauswertung der Bundestagswahl. Auf diesem Weg wollen wir uns bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern und Spenderinnen und Spendern bedanken. Aber nach der Wahl ist vor der Wahl. Wir haben nur eine kurze Verschnaufpause, dann geht es wieder los mit Wahlen im Mai mit den Europa – und Kommunalwahlen und im Juli oder August stehen die Landtagswahlen an. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, welche sich noch nicht beim Kreisvorstand gemeldet haben und für ein Mandat kandidieren

möchten, sich zeitnah zu melden. Außerdem befasste sich der Kreisvorstand mit Nachbetrachtungen unseres Sommerfestes in Falkenstein.

Die Sitzung fand in der Geschäftsstelle in Klingenthal statt. Grund hierfür ist die Überlegung des Kreisvorstandes, im Kreisverband Geschäftsstellen zu schließen. Dieser Schritt ist für alle nicht einfach, dennoch müssen wir aufgrund der zukünftigen finanziellen Situation diesen schweren Schritt gehen.

Am 30. November wird in Theuma un-

sere nächste Kreismitgliederversammlung und Kreiswahlversammlung stattfinden. Hier werden wir die Delegierten für die Landesparteitage und die Seniorenkonferenz, sowie die Kreisfinanzrevisionskommission wählen. Auf der Kreiswahlversammlung wird es um die Wahl der VertreterInnen für die Europavertreterinnenversammlung gehen. Zu dieser Kreismitgliederversammlung sollen auch die ersten Ideen für unser Kreistagswahlprogramm gesammelt werden.

Janina Pfau -Kreisvorsitzende

WAHLKÄMPFE WERDEN IMMER SCHWIERIGER

Die Bundestagswahl ist um. Für die Partei DIE LINKE war es bei 8,6 Prozent (11.9.2009) ein durchwachsender Erfolg. Allerdings wurden wir die größte Oppositionspartei. Anteil daran hatte auch unsere vogtländische Bundestagskandidatin Janina Pfau mit ihrem engagierten Wahlkampf. Mit Blick auf die Zukunft sieht sie jedoch, dass es ohne neue Mitglieder den Kreisverband Vogtland nicht mehr lange geben wird.

Janina, als Folge der Bundestagswahl zeichnet sich in Berlin eine Große Koalition aus CDU/CSU sowie der SPD ab. In diesem Falle wäre Gregor Gysi dann Oppositionsführer. Wie empfindest Du das?

Ehrlich gesagt verstehe ich die Wählerinnen und Wähler nicht. Immer mehr Menschen leben unter der Armutsgrenze, wie hatten noch nie soviel Kinderarmut, immer mehr Menschen arbeiten in prekärer Beschäftigung – ich könnte noch viele Beispiele nennen – Ich kann nicht, nachvollziehen, dass der CDU trotzdem noch so viel Vertrauen entgegen gebracht wird. Ich nehme aber an, dass die SPD ihr Seele verkaufen wird, um mitregieren zu können. Es könnte besser werden für die Menschen, die nicht ein paar Millionen auf dem Konto haben – wenn die SPD endlich verstehen würde, dass sie mit uns koalieren müssten – um der linken Mehrheit eine Chance zu geben.

An den 8,6 Prozent Zustimmung für die Bundes-Linke hast Du mit Deinem engagierten Wahlkampf als die vogtländische Kandidatin der Linken für den Bundestag auch Deinen Anteil geleistet. Wie bewertest Du Deine 19,6 Prozent Direktstimmen im Vogtland?

Die letzten Jahre waren schwere Jahre für DIE LINKE sowohl im Bund als auch auf Kreisebene. Wir litten hier vor allem unter den vielen Problemen und Anfeindungen. Zusätzlich kam zeitweise die Frage, ob wir überhaupt den Wiedereinzug schaffen. Klar hätte ich gerne den Stimmenanteil von 2009 gehalten. Genau wie damals habe ich auch jetzt wieder unermüdlich um jede einzelne Stimme gekämpft.

Dir fehlten knappe 0,9 Prozent Stimmen auf Dein Bundestagergebnis von 2009. Hat Dir in Plauen die Kandidatur von Benjamin Zabel, SPD, die Stimmen gekostet oder fehlten dort schlichtweg die Wähler aus dem eigenen Lager?

Die Antwort ist nicht leicht. Sicherlich hat Benjamin Zabel in Plauen Stimmen gekostet – aber es ist allgemein bekannt, dass Plauener immer Plauener wählen. Da verliert man auch mal nur wegen seinem Wohnort wertvolle Stimmen. Viele Wählerinnen und Wähler geben die Erststimme dem Kandidaten, der für sie am wahrscheinlichsten in den Bundestag einzieht, da man denkt, die eigene Stimme ist sonst vergebens. Zusätzlich nehme ich an, dass viele unserer WählerInnen von 2009 diesmal nicht zur Wahl gegangen sind.

Du tourtest mit Infoständen in nahezu jeden großen Ort im Vogtland, hängtest Plakate, faltete Flyer, stecktest Zeitungen und... Dazu standen Dir nur ganz wenige Helfer zur Seite. Würdest Du nicht ausreichend von den Ortsverbänden unterstützt?

Jein – Das Problem liegt nicht direkt bei den Ortsverbänden sondern bei den Einzelnen Genossen. In den einzelnen Orten haben immer die gleichen GenossInnen die Infostände unterstützt und in einigen Orten kam keine Unterstützung durch die Ortsverbände, so dass entweder GenossInnen aus anderen Ortsverbänden unterstützten oder leider der geplante Infostand wegen Personalmangel ausfallen musste. Das Verteilen in den eigenen Ortsverbänden hat in vielen OV´s ganz gut funktioniert, nur leider war die Bereitschaft auch andere Orte zu unterstützen sehr gering. So dass einige wenige GenossInnen die letzten zwei Wochen jeden Tag – oft auch im strömenden Regen – die Ort bestückten, in denen wir keine GenossInnen mehr haben bzw. der Ortsverband es nicht schaffte.

Greifen wir mal ein Beispiel heraus und zwar den Infostand am 3. September zur besten Marktzeit am Marktplatz gegenüber dem Rathaus. Da warst Du, die Genossin Michaele und ein weiterer Genosse aus dem Landesverband Thüringen. Wo waren die Mitglieder Deiner Basisorganisation?

Infostände sind eine besondere Form des Wahlkampfes, weil viele Angst haben sich hinter einen Infostand zu stellen. Die Mitglieder meines Ortsverbandes sind nicht mehr die jüngsten und deshalb konnte mich hier keiner unterstützen. Es wurden aber viele, viele Zeitungen gesteckt. Die Ge-

nossInnen im aktiveren Alter waren entweder krank oder haben mir mitgeteilt, dass sie nichts von Infoständen halten.

Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlkämpfe nächstes Jahr – es werden Bürgermeister, Europaabgeordnete sowie Kreistag, Stadträte, Gemeinderäte und Ortschaftsräte neu gewählt – welche Erkenntnisse nimmst Du aus dem Bundestagswahlkampf mit?

Es wird immer schwieriger Wahlkämpfe zu organisieren und durchzuführen. Wir müssen uns in kurzer Zeit neue Strategien und Organisationswege einfallen lassen. Und das wichtigste wir brauchen neue Mitglieder – auch hier müssen Ideen gesammelt werden.

Wie schätzt Du angesichts der allgemein rückläufigen Zustimmung für die Linke die Erfolgsaussichten vor allem auf kommunaler Ebene?

Wenn sich alle KandidatInnen aktiv in den Wahlkampf einbringen, glaube ich können wir unsere Wähler halten. Das Problem ist eher für mich die Kandidatinnen zu finden. Die neuen Kreistagswahlkreise bereiten mir da heute schon Kopfschmerzen. Ganz wichtig ist natürlich, dass die Fraktionen bis zur Wahl noch aktive Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Im Monat September gab es sechs Neueintritte in den Kreisverband. Bringen die Frauen und Männer neuen Schwung in die Parteiarbeit?

Ich hoffe es. Wir sollten sie allerdings nicht gleich mit unseren ganzen Aufgaben überschütten. Eines ist aber klar – ohne Neueintritte wird es den KV-Vogtland nicht mehr lange geben. *Viele Basisorganisationen sind nicht mehr arbeitsfähig. Nehmen wir beispielsweise mal Elsterberg, Triebel und das Oberland. Weitere zeichnen sich ab. Gibt es dafür eine strukturelle Lösung.*

Momentan weiß ich hier keine Lösung. Aber auch der Landesverband beschäftigt sich mit diesem Problem. Ich würde ungerne die OV´s auflösen. Weil sie in vielen Orten für die Genossen die einzigste Verbindung zu Partei sind.

Nun die letzte Frage. Nehmen wir an, du bekämst für den Kreisverband 100.000 Euro geschenkt. Was würdest Du damit tun?

MitarbeiterInnen einstellen!

Die Fragen stellte Ronald Diétel

100% SOZIAL

gerade bei knappen Kassen

In jeder Kommune das gleiche Bild: knappe oder gar leere Kassen, wohin das Auge schaut. Das Mittel der großen / etablierten Parteien ist da immer gleich: sparen. Wenn es sein muss, auch im sozialen Bereich. Nebenbei aber noch das eine oder andere Großprojekt durchboxen. Das können und wollen wir nicht zulassen.

Wir als Linke sollten immer den Bürgerinnen zuhören und realistisch abschätzen, was machbar ist und was nicht. Gleichzeitig sollten wir aber auch alle Mittel nutzen, um die sozialen Erungenschaften der letzten Jahre zu verteidigen. Dies ist bei linken Parteien und Organisationen nicht nur die Aufgabe von ParlamentarierInnen. Ne-

ben den üblichen Möglichkeiten, sich einzumischen, sollten wir uns alle an der Erarbeitung der Wahlprogrammen für 2014 (Kommunal- und Landtagswahl) beteiligen. Je mehr Menschen an den verschiedenen Programmen mitarbeiten, umso näher sind wir bei den BürgerInnen. Diese wissen ganz genau:

Nur DIE LINKE hält ihr Wort! 100% sozial, jeden Tag an jedem Ort.

Lars Legath - Plauen

Hast du Lust am Kommunalwahlprogramm der Stadt Plauen mit zuschreiben? Kein Problem: schicke uns einfach eine E-Mail: wahlprogramm-plauen@lars-legath.de

ANPASSUNG ODER DAUERHAFTER OPPOSITIONSDRUCK?

Da die Merkel-CDU zum Glück nicht zu einer absoluten Mehrheit kommt im Bundestag (Glück im Unglück), kam im allgemeinen Koalitionsgerede auch mit zarter Stimme der Ruf nach Rot-Rot-Grün zum Vorschein. Zwar rechnet wirklich keiner mit dieser durchaus möglichen Variante, doch da es nicht wenige Sozialdemokraten in der Basis und im eher linken Flügel sind, die eine erneute Zusammenschließung von schwarz-rot ablehnen und eine Sondierung mit den Grünen und der Linkspartei durchaus begrüßen würden, gab es natürlich auch Antworten im linken Lager.

Diese waren allerdings auch sehr verschieden. Zum einen gibt es nach wie vor Linke, die eine Zusammenarbeit mit der SPD kategorisch ausschließen, da man wahrscheinlich niemals bei Themen wie Waffenexporte, Auslandseinsätze oder Eurorettung auf einen gemeinsamen Nenner kommen wird. Es gibt aber auch Befürworter bzw. Linke, die zumindest eine Sondierung für einen guten Anfang fänden.

Von der SPD kommt auf Bundesebene in der Öffentlichkeit allerdings immer wieder das Gerede davon, dass es überhaupt keinen Grund für das Zusammenarbeiten mit der Linkspartei geben würde. Und auch bei Vorschlägen von linker Seite darauf hin, dass

man schon vor Regierungsbildung versucht, einen gesetzlichen Mindestlohn (etwa 8,50€) einzuführen, da man die Mehrheit dafür ja hätte und sich Rot-Rot-Grün in diesem Thema ja einig wären.

Es mag zwar jetzt nicht vorstellbar sein, aber selbst bei solchen Vorschlägen bringen die „hohen“ Sozialdemokraten Ausreden, um selbst eigene Wahlversprechen nicht umsetzen zu müssen. Erst vor kurzem brachte Ralf Stegner (Vorsitzender der SPD Schleswig Holstein) in der Talkshow „hart aber fair“ den Satz: „Es sei doch parlamentarischer Quatsch solch Initiativen durchzuführen. So etwas machen wir nicht. Wir wollen an 4 Jahren arbeiten.“

Ich finde es nicht gut jetzt eine Koalition mit SPD und Grünen einzugehen, da einerseits momentan die Personen an der Spitze der SPD überhaupt nichts mit sozial zu tun haben und andererseits der Dialog zwischen den 3 Lagern noch nicht so gut ausgereift ist, dass man meinen könnte, das würde reichen für eine Koalition. In Forderungen, wie Mindestlohn, gerechteres Gesundheitssystem und Spitzensteuersatz geht man zwar in dieselbe Richtung, doch Themen, wie sie oben schon genannt wurden kann man einfach keine Teils-Teils Lösungen finden. Im End-

AUS DEM STADTRAT PLAUE

Im letzten Finanzausschuss der Stadt Plauen wurden die Ausschussmitglieder von der Kämmerin Frau Göbel informiert, dass die Rücklagen der Stadt in diesem Jahr um mehr als ein Drittel aufgezehrt werden. Grund dafür sind Abweichungen im Haushaltsplan, wie geringere Einnahmen bei der Gewerbesteuer, Erhöhung der Kreisumlage, Einwohnerverlust und damit geringere Schlüsselzuweisungen. Mit dieser Entwicklung gestaltet sich die Haushaltsplanung für 2014 sehr schwierig.

Im Klartext heißt das, es wird wieder Kürzungsvorschläge geben, vor allem im Bereich der freiwilligen Aufgaben. Im November soll der Haushaltsentwurf zur ersten Lesung stehen. Das bedeutet für uns genau hinzuschauen, um der Verwaltung konkrete Gegenvorschläge zu unterbreiten, damit nicht immer nur in bestimmten Bereichen gespart wird.

Für mich persönlich stellt sich dabei schon die Frage, mussten Prestigeprojekte wie Rathausfassade in diesem Umfang angegangen werden. Die Haushaltslage der Stadt ist uns nicht erst seit dem letzten Finanzausschuss bekannt.

Petra Rank - Plauen

effekt ist es für den Anfang egal ob der Mindestlohn bei 8, 50 liegt oder bei 10 Euro, doch meiner Meinung nach ist es genauso Quatsch, wenn man sagt man lässt jetzt nur noch die Hälfte aller Waffenexporte genehmigen. Bis in vier Jahren sollte man darauf hinarbeiten, dass auch durch starken Druck unsererseits die SPD linker wird und dass dann eine Koalition und ein echter Politikwechsel möglich sind.

Fakt ist, dass man für einen „Mitte-Links-Politikwechsel“ die Sozialdemokraten benötigt und auf eine Zusammenarbeit aufbauen sollte und das nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im Land und Kreis. Doch bei allen Einigungskursen würde ich niemals eine Koalition gutheißen, die militärische Auslandseinsätze beschließt oder Waffenexporte genehmigt.

Paul Torsten - Plauen

165. JUBILÄUM EINER TRADITIONSREICHEN AUSBILDUNG

Reichenbacher Kolloquium anlässlich des Beginns der Tex-Ausbildung am 01. Sept. 1848

Anlässlich dieses die Geschichte der ganzen Stadt prägenden Jubiläums hat sich die Bürgerinitiative BITex etwas Besonderes einfallen lassen: Im Rahmen eines Kolloquiums, eine gemeinsame Veranstaltung mit der Stadt, sollte der große Bogen aufgezeigt werden von den Anfängen einer bescheidenen Webschule bis hin zur Ausbildung hochqualifizierter Textilfachleute am einzigen Hochschulstandort des Vogtlandes.

Dazu kamen nicht nur eine Reihe ausgezeichnete Referenten, sondern auch gut an die 200 Besucher: ehemalige Studenten und Dozenten, aber auch viele Reichenbacher – selbst drei Dekane der WHZ, die das Schicksal der geplanten Liquidierung des Hochschulstandortes mitverantworten müssen. Angefangen von der Darstellung die-

ses spezifischen Kapitels der Textilgeschichte durch den Historiker Dr. Viebahn über die Erzählung „Aus der Schule geplaudert“ des ehemaligen Direktors der Tex, OStD Hubertus Neidhardt, erreichte das Kolloquium mit dem Vortrag von Prof. Dr. Rudolph zu den gewaltigen Perspektiven der technischen Textilien einen ersten Höhepunkt, der von Dresden auf den Weg gebrachten Einschrumpfung von Studienkapazitäten und –bewerbern diametral entgegensteht. Gleiches ließ sich schließen aus den interessanten Beiträgen aus der aktuellen textilen Forschung (Dr. Möhring /TITV Greiz) und des Geschäftsführers Thomas Porst, des erfolgreichsten vogtländischen Textilunternehmens C.H. Müller, der am Ende offen resümierte, aus der Sicht der Wirtschaft werde sich die Schließung der Tex als unverzeih-

licher Fehler erweisen. Mit der Expertise über die architektonische Einmaligkeit der Tex (Architekt Hofmann) und den Ausführungen Prof. Dr. Hertting-Thomasius' zu Deutschlands erfolgreichstem Ausbildungsmodell im Fach Architektur, das hier in Reichenbach nun ebenfalls auslaufen werde, kam das Kolloquium zum Abschluss, quer durch die Bank hohe Wertschätzung bei allen Beteiligten findend. „Bleiben wir standhaft, die Wegrationalisierung von Bildungspotential ist kein Weg in die Zukunft“, gab der das Kolloquium leitende BITex-Sprecher Dr. Horlbeck mit auf den Weg.

MdL Andrea Roth, Mitglied der BITex

FILMFORUM IN DER AUERBACHER NICOLAIKIRCHE

Der Geschichtsverein „Freundeskreis Max Holz“ hatte Mitte Oktober zu einem Filmforum mit dem bekannten DDR-Regisseur Prof. Günter Reisch in die Göltzschtalgalerie Nicolaikirche eingeladen. Anlässlich des 80. Todestages und des 125. Geburtstages des vogtländischen Revolutionärs und Rebellen war der vor 40 Jahren gedrehte Film „WOLZ Leben und Verklärung eines deutschen Anarchisten“ angekündigt.

Über 35 Gäste waren der Einladung gefolgt und sahen den schon historischen Film, dessen Handlungsbogen sich vom Ende des 1. Weltkrieges bis in die Zeit der Weltwirtschaftskrise 1928/29 erstreckte. Leider konnte der Regisseur Günter Reisch wegen einer Erkrankung nicht teilnehmen. Dennoch kann der Abend als interessant und erfolgreich bezeichnet werden.

Ignaz Wolz kehrt 1918 aus dem Krieg zurück und beginnt mit Gleichgesinnten einen Kampf um soziale Gerechtigkeit nach dem Motto „Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben“. Seine Argumente sieht er im radikalen Durchgreifen, das er mit dem Revolver in der Hand unternimmt.

Wolz kommt ins Zuchthaus. Seine Geliebte Agnes schließt sich der KPD an und kämpft gemeinsam mit der Roten Hilfe Deutschlands um seine Freilassung. Wieder auf freiem Fuß meint Wolz, mit seinen Methoden von Anfang der 20 er Jahre den Kampf fortsetzen zu können. Er endet in der Isolation und in einer ungewissen Zukunft.

Soweit der Film. Die Diskussion wurde eingeleitet mit einem Filminterview von Günther Rücker, Drehbuchautor des Filmes. Er bringt zum Ausdruck, dass die Filmfigur Wolz nicht mit Max Hoelz identisch ist, sondern eine Komposition vieler proletarischer Kämpfer jener zwanziger Jahre sei. Der Moderator der Veranstaltung merkte an, dass der Film zunächst von den DDR-Obersten nicht gewünscht war, schließlich doch noch zugelassen wurde.

Sodann meldete sich ein Enkel eines „Hoelz-Gardisten“ zu Wort und schilderte, wie in seiner Familie das Andenken an Max Hoelz und die Kämpfe jener Zeit bewahrt und weiter gegeben wurde. Als Kapitän auf hoher See erlebte er auf seinem Schiff eine Vorführung des Filmes, die bei seinen Besatzungsmitgliedern sehr gut ankam. Sofort nach Einlaufen im Heimat-

hafen wurden die Filmrollen wieder eingezogen. Nach der Uraufführung des Filmes in Berlin wurde er zwar in der DDR, nicht aber in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Suhl und Rostock gezeigt. Getestet wurde seine Wirkung in Auerbach, wo er Parteiveteranen gezeigt wurde. Nach dem diese den Film über alle Maßen lobten, kam er auch hier zum Einsatz.

Die weitere Diskussion drehte sich dann mehr um den wirklichen Max Hoelz, und vor allem um seinen bisher nicht aufgeklärten Tod. Hier konnte der „Freundeskreis Max Hoelz“ endlich Aufklärung geben. Hoelz wurde vom Chef der Geheimpolizei GPU in Gorki, Matwej Pogrebinski, während einer Bootsfahrt niedergeschlagen und über Bord geworfen. Bald nach seinem Tod verloren Betriebe, Kolchosen und andere Einrichtungen den Ehrennamen Max Hoelz, und schließlich wurde während der Zeit des „großen Terrors“ nach einer antisowjetischen Verschwörergruppe um Erich Wollenberg und Max Hoelz gefahndet ...

Peter Giersich - Auerbach/V.



DEMOKRATIE/ABWASSER.

Dank an die Fraktion „DIE LINKE“ im Landtag, besonders an die Abgeordnete Andrea Roth

Eigentlich ging es in unserem kleinen Dorf Altensalz bisher ganz ruhig und friedlich zu – bis ein Schreiben des Zweckverbandes Wasser/Abwasser Vogtland (ZWAV) vom 06. März vorigen Jahres für große Unruhe und Aufregung gesorgt hat.

Darin wurde einige Grundstückseigentümer aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2012 vollbiologische Kleinkläranlagen zu errichten.

Ein Unding, sagten die Altensalzer, weil das weder bautechnisch noch finanziell und noch dazu in so kurzer Zeit zumutbar war.

Zahlreiche Widersprüche und Eingaben sowie Proteste in Presse und Fernsehen wurden sinngemäß wie folgt beantwortet.

Wer der o.g. Anordnung nicht Folge leistet, dem wird die Einleitung der Abwässer in das bestehende Kanalsystem ab 01.01.2013 verweigert. Sogar Strafen in Höhe von 2000€ wurden angedroht!

Über ein halbes Jahr mussten wir kämpfen, bis uns die gestellte Frist um ein Jahr verlängert wurde. Dann begann der Kampf von Neuen – wieder über ein halbes Jahr – mit dem Ergebnis, dass als Termin für den Bau biologischer Kleinkläranlagen der 31.12.2015 eingeräumt wurde.

Was wir seit März vergangenen Jahres alles erlebt haben, lässt sich mit Worten kaum beschreiben und erhebt eigentlich Anspruch auf Schmerzensgeld. Viele Ämter und Verantwortliche hatten wir um Hilfe gebeten. Vieles wurde versprochen, aber wenig gehalten.

Da kam ich auf die Idee, einmal Kontakt zu einer Frau aufzunehmen, von der ich sowohl die Biographie als auch deren Engagement für ihre Wähler kannte. Es war die vogtländische Landtagsabgeordnete Andrea Roth, die ich mit unseren Sorgen vertraut gemacht

und in unser 100-Seelen-Dorf eingeladen habe. „Du glaubst doch nicht im Ernst,“ so höre ich heute noch die Zweifler sagen, „dass sich ein Landtagsmitglied um unser Abwasserproblem kümmert, geschweige denn ins kleine Altensalz kommt.“ Umso erstaunter und zugleich dankbar waren die Gesichter, als sich unsere Abgeordnete mit etwa 10 aktiven Einwohner und der Presse an einen Tisch setzte und uns aufgeklärt hat.

Um es vorweg zunehmen: Sie war die einzige, die Wort gehalten und uns in Sachen Abwasserbeseitigung von Anfang an fachlich und politisch unterstützt hat. Um ein Beispiel zu nennen: Neu war für uns der Inhalt eines Erlasses des Umweltministeriums vom 28.09.2007. Dort wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Vorbereitung und Suche von Abwasserlösungen die betreffenden Bürger rechtzeitig informiert und einbezogen werden sollen. Das wurde vom ZWAV versäumt. Erst auf unser Drängen und verspätet stellte man sich den Fragen – und das mit unbefriedigenden Antworten.

Im langwierigen Streit der Altensalzer mit dem ZWAV und der Unteren Wasserbehörden beim Landratsamt, welche sich beide lange Zeit den „Schwarzen Peter“ zugeschoben haben, ging es nicht nur um Terminfragen, sondern auch und vor allem darum, ob einen öffentliche Pflichtaufgabe einfach in Privathand delegiert werden kann. Dort, wo eine zentrale Abwasserentsorgung nicht möglich bzw. zu teuer ist sollten nur Kleinkläranlagen oder abflußlose Gruben in Frage kommen. Von Gruppenkläranlagen, die der o.g. Erlass ebenfalls ausdrücklich als wirtschaftlich und finanziell sinnvollste Variante favorisiert hat, wollte der ZWAV nichts wissen. Sie wurden rigoros abgelehnt, erst recht deren öffentliche Betreibung.

In Altensalz hat man mittlerweile (vorbehaltlich noch der Klärung einer

Grundstückseigentümerfrage) eine solche Lösung gefunden, an der 2 Wohnhäuser, eine Pension und sogar noch 7 Wochenendhäuser beteiligt sind.

Wie Andrea Roth in der vorigen Ausgabe „Links im Parlament“ selbst schreibt, ist der „Funke“ aus Altensalz inzwischen auf ca. 12.000 betroffene Vogtländer über gesprungen. Es entstand eine vogtlandweite Bürgerinitiative, welche entsprechend verschiedener örtlicher Bedingungen unterschiedlich agiert, aber letztlich doch das gemeinsame Ziel einer vernünftigen und bezahlbaren Abwasserbeseitigung verfolgt.

Die wichtigste Erkenntnis, die wir im langwierigen Kampf mit den Behörden gewonnen haben, ist, dass man nicht zu allem, was von oben kommt Ja und Amen sagen muss. So gesehen, haben wir ein kleines Stück Demokratie nicht nur erlebt, sondern aktiv mitgestaltet. Unser Einsatz, und wenn er noch so groß war, hat sich gelohnt.

Die Unterstützung und der Optimismus, die uns dabei vermittelt wurde, können nicht hoch genug gewürdigt werden.

Deshalb möchte ich – und das auch im Namen und Auftrag aller vogtländischen Abwasser-Bürgerinitiativen – unserer Landtagsabgeordneten Andrea Roth Dank und Anerkennung aussprechen.

Mein Beitrag wäre unvollständig, würden nicht auch jene Initiativen der gesamten Fraktion DIE LINKE gewürdigt, die sie erst jüngst wieder bei der Forderung nach besseren Förderbedingungen gezeigt haben. Unsere Bürger werden es (hoffentlich!) erkennen und bei der nächsten Wahl zu danken wissen.

Horst Blechschmidt - Altensalz

WIRD AUS DEM VOLK DER DICHTER UND DENKER EIN VOLK DER KULTURBANAUSEN?

Der Protest von Orchestermusikern in vielen Städten Sachsens lässt uns fragen, wie es um die Zukunft der Kultur im Freistaat steht. Leisten doch die sächsischen Theater und die Breitenkultur einen wichtigen Beitrag im Bereich Bildung sowie gegen Gewalt. Sie sind Grundlage für Lebensqualität und ein wesentlicher Faktor gegen weitere Abwanderungen aus der Region. Sie sind Markenzeichen einer Stadt, Region und des Freistaates Sachsen.

Wir leben in einem Bundesland, welches wie kaum ein anderes in Deutschland mit kulturellem Reichtum aus unterschiedlichen Jahrhunderten gesegnet ist. Diese gewachsene Kultur, die weit mehr ist als Schlösser und Gärten, ist die Wurzel unserer Gesellschaft. Sie macht deutlich, woher wir kommen und wohin unsere Wege führen könnten. Wenn eine solche Wurzel beschädigt wird oder gar stirbt, verliert eine Gesellschaft ihre Identität. Wenn wir einen Ausländer aus Russland, China oder den USA nach deutschen Besonderheiten fragen, kommt sofort die Antwort: Eure Kultur. Aber aufgrund der pathologischen Sparphobie der Staatsregierung müs-

sen immer mehr Kultureinrichtungen des Freistaates ums Überleben kämpfen oder haben schon aufgegeben.

Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und der Finanzminister müssen endlich handeln und die, durch die Eingliederung der Landesbühnen in den Kulturraum entstandene, indirekte Kürzung von rund 3,7 Millionen Euro korrigieren. Nur durch den Ausgleich des entstandenen Defizits kann die sächsische Staatsregierung glaubhaft machen, dass sie es mit der Kulturförderung ernst meint

Aber die musikalische Bildung muss schon von Klein auf beginnen.

Wir brauchen nicht nur die Hochkultur von Staatstheater, Staatsoper und Gewandhausorchester, die sich sowie so nur die besser Verdienenden leisten können, sondern die Kultur muss auf dem flachen Lande erhalten und jedem Bürger zugänglich bleiben. Auch dass gehört zur Daseinsfürsorge, dies sollten unsere Regierenden bedenken, ehe sie zum Rotstift greifen.

Dieter Riedler - Leubnitz



Bild: © Paul-Georg Meister / pixelio.de

FRAGEN AN DIE VOGTLAND-CDU UND IHRE WÄHLER

In einem Beitrag der Freien Presse vom 15.10.13 heißt es, dass die CDU im Vogtland aus der kostenlosen Schülerbeförderung aussteigen will. Diese „Volkspartei“ kritisiert, dass die beste Verbindung und eine kostenlose Fahrt ihrer Kinder zur Schule für viele Eltern zum wichtigsten Kriterium der Schulwahl geworden sind. So käme es auch zum „Vorbeifahren“ an Schulen. Da ergeben sich doch Fragen: Mit welchem Recht wird denn überhaupt von Eltern in Sachsen eine hohe finanzielle Leistung verlangt, nur weil ihre Kinder nicht mehr – wie sie es früher wahrscheinlich selbst erlebten, die 8 – oder 10-Klassige Polytechnische Oberschule (also eine Gemeinschaftsschule) im Wohnort oder sehr nahe besuchen können?

Warum haben diese „Volksvertreter“ dem jahrelangen Schulsterben zugehört oder durch ihre durchgereichte

Schulpolitik – Trennung nach Grund- und Mittelschulen, unbedingtes Bestehen auf Zweizügigkeit und große Klassenteiler – dazu beigetragen? Ist nicht die Wirtschaftspolitik der CDU insgesamt, die durch Arbeitsplatzabbau und Niedriglohnpolitik zur Abwanderung junger Familien führte, so dass auch die Zahl der Schüler merklich abnahm, Mitschuld für Auslastungsdefizite an öffentlichen Schulen?

Sollen nun vielleicht Eltern gar dazu gebracht werden, dass ihre Kinder nicht mehr an Privat – und Freien Schulen vorbeifahren sollen, die bekanntlich zumeist als Ersatz für geschlossene öffentliche Schulen entstanden? Wäre es nicht an der Zeit, den Schülerverkehr in ganz Sachsen kostenlos zu gestalten?

Dass in dieser Frage der Vogtlandkreis bisher Vorbild in Sachsen war, ist zu

würdigen, aber auch dringend zu erhalten! Warum sollen überhaupt die Bürger, die nicht in Kerngebieten der Städte wohnen, für Schülerverkehr, Fahrten zu medizinischen Leistungen, zu Einkaufsstätten und auch der Abwasserentsorgung (wie in Veitenhäuser, Eich und der Neuen Welt) und für manche andere öffentliche Leistungen privat zahlen, wo die städtische Bevölkerung für gleiche Leistungen nicht oder wesentlich weniger zahlen müssen? Die weitere Ungleichbehandlung der städtischen gegenüber der dörflichen Bevölkerung sollte die CDU doch dringend vermeiden! Ich hoffe, dass auch die Wähler das so sehen, die bisher der CDU im Land ein Mandat gaben. Durch eine andere Politik bei Einnahmen und Ausgaben können diese Kosten auf jeden Fall finanziert werden!

Peter Jattke - Treuen

DER DOPPELTE GAUCK?

oder: Wer im Glashauss sitzt ...

Eine seiner derzeit erstaunlich vielen Reisen hatte ihn nach Frankreich geführt, unseren Bundespräsidenten. Zu einem an sich höchst-löblichen Besuch in Oradour, wo er sich an den Gräbern der von SS-Angehörigen umgebrachten gesamten Bevölkerung - 642 Dorfbewohner, davon 207 Kinder - verneigte. Was dann gar an den Kniefall von Willy Brandt damals vor den Opfern in Polen erinnert. Ging es doch darum, die Gräben zuzuschütten, die durch deutsche Schuld in der Vergangenheit aufgerissen worden waren.

Warum er nach einem Vierteljahrhundert ausgerechnet im eigenen Land die Gräben wieder aufreißt und eine neue Mauer solcherart wieder errichtet: Es ist wohl vor allem seinem nie verhohlenen unsinnigen Hass auf seinen ehemaligen Staat DDR geschuldet, in dem er sich doch recht ordentlich eingerichtet hatten. Wie der Oppositionelle Hans-Joachim Tschiche, der Gauck für einen Falschspieler hält und wohl auch zurecht feststellt: „Gauck ist die falsche Person“, die dann endlich dort angekommen ist, wo sie nach eigener Aussage hinwollte. Mich wundert auch, dass nun zwei Ostdeutsche, die gelernt hatten, sich in der DDR anzupassen, nun als Trümmermann und Trümmerfrau für die Westdeutschen benutzt werden. Nun gut, hatten sie sich diese Posten doch mit Intrigen und harten Ellenbogen, mit Krallen und Klauen quasi erobert oder erschlichen.

Hatte doch Frau Kanzlerin - FDJ-Sekretärin für Agit-Prop - noch 1989 lautstark den demokratischen Sozialismus propagiert. Pfarrer Gauck gar bestens mit der Stasi geklingelt und daraus, wie inzwischen bekannt, seine persönlichen Vorteile gezogen. Was ihn dann wohl gar, als Hass-Prediger zum Verantwortlichen für die Stasi-Unterlagen ernannt, zu arroganten "Klarstellungen" führte. Er hat heute wohl ein noch klareres Feindbild als damals, dieweil er eine neue Säuberung forderte. Welche Entkommunisierung in Tschechien? Und welche Entnazifizierung - und wenn, wo? Wurde doch der westdeutsche Staat mit Nazigrößen errichtet. Blieben doch selbst Kriegsverbrecher, KZ Mörder, Gestapo-Schergen weitest-

gehend ungeschoren und genossen ihren Ruhestand mit satten Pensionen...

Andererseits hat es bei den gut 2,3 Millionen SED-Mitgliedern und gerade hier durchaus auch kritisch abweichende Auffassungen gegeben, solche auch öffentlich geäußert mit oft persönlichen Nachteilen - wie ich aus eigener bitterer Erfahrung weiß.

Nun will Gauck ja aber auch viele andere DDR-Bürger abstrafen. Ging doch bereits mit dem Prozess der Delegitimierung der DDR eine massenhafte Delegitimierung von Lebens- und Arbeitsjahren wie auch -leistungen von Mitgliedern gesellschaftlicher Organisationen einher. Bei meiner Meldung auf dem Arbeitsamt nach Abwicklung des FDGB-Erholungsheimes Schöneck, wo ich als Kellner und im Kulturbereich tätig war, hatte man mir dort unmissverständlich klargemacht: „Für Sie wird`s schwer, schon wegen Ihrer Staatsnähe. Immerhin ist der FDGB als verbrecherische Organisation eingestuft.“ Man stelle sich vor, ich wäre gar als FDP-Sekretär und gehobener Position in einer akademischen Einrichtung - nicht auszudenken.

So aber soll die Abstrafung, wenn es nach ihm ginge, weitergehen. Gemäß dem arabischen Sprichwort „Kaum ist über eine Sache Gras gewachsen, kommt ein Kamel und frisst es wieder ab.“ Ein solches in unseren Landen indes versichert: „Hochmut kommt vor dem Fall.“

Und so ist Hans-Joachim Tschiche sicher zuzustimmen, wenn er klarstellt: „Viele Opferverbände, also jene, die sich um die Aufarbeitung des DDR-Unrechts kümmern, sind in ihrem Hass gefangen und in der Gegenwart nicht angekommen. Für sie war die Anerkennung durch den Westen so etwas wie ein Adelschlag.“ Würde aber auch seine solcherart Zuversicht gern akzeptieren: „Außerdem bin ich sicher, dass es mit Gauck noch ordentlich Theater geben wird.“ Sollte man sich vielleicht schon mal einen guten Platz reservieren...

Jürgen Böhm - Schöneck

**EINLADUNG
ZUR**

**KREISMITGLIEDER
VERSAMMLUNG
UND
KREISWAHL
VERSAMMLUNG**

**30. NOVEMBER
2013**

ab 10 Uhr
Gasstätte "Zum Anker"
Hauptstraße 2
08541 Theuma

DIE LINKE.

SCHUH DES MONATS



© Stefan Stendel / pixelto.de

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20.10.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.11.2013. Die nächste Ausgabe erscheint am 03.12.2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch, c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstraße 49, 08523 Plauen